



SEITE 2
Gleichstellung: SPD-Fraktion ist gut aufgestellt

SEITE 3
Praxisgebühr abschaffen!



SEITE 4
Im Interview: Christel Humme und Caren Marks

SEITE 6
Nichts geht mehr: Angela Merkel hat die Kontrolle verloren



SEITE 7
Joachim Gauck ist Bundespräsident

SEITE 8
Schwarz-Gelb verpasst die Energiewende

GUTE ARBEIT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 2/2012

„Wir brauchen die Tarifeinheit!“

Die SPD-Bundestagsfraktion kämpft für den Grundsatz „Ein Betrieb - ein Tarif“

Der Streik der Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF) am Frankfurter Flughafen hat es wieder einmal gezeigt: Eine kleine Gruppe der Belegschaft, die sich in einer Spartengewerkschaft organisiert, kann mit einem Streik einen ganzen Betrieb lahmlegen. Gegen die Interessen des Betriebsrates und ohne Solidarität mit der übrigen Belegschaft.

Bis 2010 besagte der Grundsatz der Tarifeinheit, dass in Unternehmen normalerweise nur ein Tarifvertrag gelten soll. Dieser Grundsatz musste nach zwei Urteilen des Bundesarbeitsgerichts aufgegeben werden. Allerdings ließ das Gericht für den Gesetzgeber die Möglichkeit offen, die Tarifeinheit gesetzgeberisch zu regeln. Die SPD-Bundestagsfraktion will deshalb jetzt endlich für Klarheit auf diesem Feld sorgen. Klar ist: Die Tarifeinheit ist eine wichtige Voraussetzung für die Tarifautonomie. Sie verhindert die Zersplitterung des Tarifvertragssystems und wirkt der Spaltung der Belegschaft in einem Betrieb entgegen. „Tarifautonomie und Tarifeinheit sind sowohl im Interesse der Unternehmerinnen und Unternehmer als auch der Beschäftigten in diesem Land“, sagt Fraktionsvize Hubertus Heil.

In einem Brief an die Kanzlerin hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier jetzt erneut vorgeschlagen, kurzfristig eine fraktionsübergreifende Initiative für die Tarifeinheit auf den Weg zu bringen, um schnell zu einer tragfähigen Lösung zu kommen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände haben das schon 2010 gefordert. Auch die Sozialdemokraten haben Kanzlerin Merkel schon im Som-



Den Gewerkschaften unter dem Dach des DGB geht es nicht um Einzelinteressen, sondern um die gesamte Belegschaft eines Betriebes.

mer 2010 angeboten, eine gemeinsame Lösung zu suchen. Im November 2010 hat die Kanzlerin zugesagt, bis Januar 2011 eine Regelung auf den Weg zu bringen.

„Was wir dann erlebt haben, ist typisch Schwarz-Gelb, nämlich die Tatsache, dass Sie im Wesentlichen nur in der Lage sind, sich wechselseitig zu blockieren“, sagte Hubertus Heil im Bundestag. Die SPD habe das Thema erneut auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt, „weil wir erleben, dass trotz vielfältiger Ankündigungen der Bundeskanzlerin seit 2010 in diesem Bereich nichts passiert ist.“

Hubertus Heil forderte die Regierung auf, endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen und mit den Sozialpartnern abzustimmen. Wenn weiterhin nichts passiere, „werden wir in kurzer Zeit erleben, dass die Tariflandschaft in

Deutschland immer mehr zersplittert, dass kleine wirkungsmächtige Spartengewerkschaften ganze Belegschaften bzw. ganze Betriebe lahmlegen, um ihre Interessen durchzusetzen.“

Das Geschäftsmodell vieler Spartengewerkschaften beruhe nicht darauf, die Interessen einer gesamten Belegschaft, sondern Einzelinteressen durchzusetzen, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Anette

Kramme. „Einigen geht es gerade nicht darum, zu verhandeln, sondern zu erpressen.“ Eine Mitschuld daran sieht Kramme auch bei den Arbeitgebern, die Tarifverträge mit Scheingewerkschaften abgeschlossen hätten.

Die SPD-Fraktion sei gerne bereit, die Bundesregierung bei einer Gesetzesinitiative zu unterstützen, sagte Kramme und machte nochmals klar: „Wir brauchen die Tarifeinheit!“ ■

Spartengewerkschaften in Deutschland

Gewerkschaften, in denen sich bestimmte Berufsgruppen organisieren:

- Marburger Bund: 108.000 Mitglieder
- Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GdL): 34.000 Mitglieder
- Vereinigung Cockpit: 8.200 Mitglieder
- Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF): 2.650 Mitglieder



Total Banane!

Neues aus der schwarz-gelben Welt

Umweltminister Norbert Röttgen geht als CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahlen nach Nordrhein-Westfalen. An den eigenen Sieg dort glaubt er aber anscheinend nicht, denn die Tür zurück nach Berlin hält sich Röttgen auf Teufel komm raus offen.

Wir meinen: Norbert Röttgen verhält sich wie ein Lottospieler, der seinen Schein erst bezahlen will, wenn er gewonnen hat. Eigentlich kann er sich das Ganze sparen, denn die Wähler werden ihn zurück nach Berlin schicken.

Auch am diesjährigen Internationalen Frauentag ist sich „Nicht-Frauenministerin“ Kristina Schröder treu geblieben. Sie hat den Tag genutzt, um die „Spitzenväter des Jahres“ zu ehren.

Wir meinen: Väter kann man auch an anderen Tagen ehren. Auch wenn man von der Ministerin nichts anderes erwartet hat, ist ihr Verhalten eine unnötige Provokation und ein Schlag ins Gesicht aller Frauen, die aufgrund ihres Geschlechts in ihrem Beruf benachteiligt werden.

Mit der Nominierung von Joachim Gauck hat sich FDP-Chef Philipp Rösler zum ersten Mal gegen Angela Merkel durchgesetzt. Anschließend konnte er vor Kraft kaum laufen. Im Fernsehen bezeichnete er die Kanzlerin sogar als Frosch, den er langsam weichgekocht habe.

Wir meinen: Respekt Herr Rösler! Aber Joachim Gauck war der Kandidatenvorschlag von SPD und Grünen. Wenn Philipp Rösler sich auch in Zukunft für Vorschläge von Sozialdemokraten einsetzt, sollte man ihm durchaus noch mehr Durchsetzungsvermögen wünschen.



Jedes Jahr demonstriert die SPD-Bundestagsfraktion am Equal-Pay-Day für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern.

Gleichstellung: Die SPD-Fraktion ist gut aufgestellt

Unter Schwarz-Gelb herrscht gleichstellungspolitischer Stillstand. Für die Zeit danach hat die SPD-Fraktion vorgesorgt

Aus frauenpolitischer Sicht war das letzte Jahr ein verlorenes Jahr. Der Internationale Frauentag hat sich am 8. März zum 101. Mal gejährt. Getan hat sich nichts. Heute sei Deutschland genauso weit von gleichen Chancen für Frauen und Männer entfernt wie vor einem Jahr, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dagmar Ziegler. Dabei zeige sich immer deutlicher, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung in der Frauenpolitik absolut versage. Für Ziegler ist klar: Ministerin Schröder ist keine Frauenministerin, die Sozialdemokratinnen müssen diese Leerstelle nach der nächsten Bundestagswahl besetzen.

Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Caren Marks sieht die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beim Thema Gleichstellung jedenfalls schon jetzt gut aufgestellt. Zur Einführung einer Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten haben sie im März einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Ein Entwurf zum Thema Entgeltgleichheit wird folgen. Marks verspricht: „Für eine Regierungsübernahme hätten wir die fertigen Gesetzesentwürfe in der Tasche.“ Handlungsbedarf gibt es genug: Frauen in Spitzenpositionen sind in Deutschland nach wie vor die Ausnahme. Laut einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist Deutschland

hier im Vergleich zu anderen Industriestaaten weit abgeschlagen. „Auf kaum vier von hundert Vorstandsposten findet sich hierzulande eine Frau“, teilte die OECD mit. Die Studie zeigt, dass sich in Deutschland im Vergleich zu anderen Industriestaaten in den letzten Jahren trotz aller freiwilligen Beteuerungen der Wirtschaft nichts getan hat. Den höchsten Anteil an Frauen in Führungspositionen gibt es derzeit in Norwegen, das schon 2006 eine Frauenquote von 40 Prozent eingeführt hat. Auch in Schweden, Frankreich, Finnland und der Slowakei liegt der Anteil von Frauen in den Chefetagen mit 15 bis 20 Prozent relativ hoch. In Spanien, Island, Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Italien gelten mittlerweile verschiedene Formen der Frauenquote. Diese Beispiele zeigen, dass die Zeit endgültig reif ist für eine gesetzliche Regelung einer Frauenquote. Während sich die schwarz-gelbe Koalition über die Quote streitet und „Nichtfrauenministerin“ Kristina Schröder von einer „Flexiquote“ schwadroniert, handeln die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Pünktlich zum diesjährigen Frauentag haben sie einen Gesetzentwurf zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wirtschaftsunternehmen in den Bundestag eingebracht. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Vorstände und Aufsichtsräte von großen Unternehmen ab 2015 zu

40 Prozent von Frauen besetzt sein müssen. Die Geschlechterquote soll in Stufen eingeführt werden. Bereits ab 2013 muss eine Quote von 20 Prozent für Vorstände und von 30 Prozent für Aufsichtsräte eingehalten werden. Auch beim Thema Entgeltgleichheit hinkt Deutschland laut OECD hinterher. Zwar hat sich die Bundesrepublik 1997 mit der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrags zur Entgeltgleichheit verpflichtet. Frauen erhalten jedoch immer noch 23 Prozent weniger Lohn als Männer für gleiche Arbeit. Kritik an diesem Zustand kommt auch von den Gewerkschaften. „Wir wollen nicht Jahr für Jahr die Entgeltlücke analysieren. Es ist Zeit, dass Betriebe und Gesetzgeber sie endlich schließen“, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Die Politik müsse mit einem gesetzlichen Mindestlohn, Verpflichtungen für Unternehmen und einer Absage an das Betreuungsgeld endlich handeln. Gemeinsam mit den Gewerkschaften hat die SPD-Bundestagsfraktion deshalb am diesjährigen Equal-Pay-Day erneut auf die Entgeltlücke aufmerksam gemacht. Der Equal-Pay-Day markiert den Tag, bis zu dem Frauen über den Jahreswechsel hinaus weiterarbeiten müssten, um rechnerisch auf das durchschnittliche Jahresgehalt eines Mannes zu kommen – in diesem Jahr der 23. März. ■

Kassenüberschüsse nutzen: Praxisgebühr abschaffen!

Die SPD-Fraktion will mit den Überschüssen der gesetzlichen Krankenversicherung die Beitragzahler entlasten.

Eine gute Konjunktur ist auch gut für die gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Denn mehr Beitragszahler lassen bei der GKV die Kassen klingen. Ein Plus von vier Milliarden Euro konnten die Krankenkassen im Jahr 2011 verzeichnen, insgesamt betragen die Gesamtreserven der GKV jetzt 19,5 Milliarden Euro.

Innerhalb der schwarz-gelben Bundesregierung ist ein Streit über die Verwendung der Überschüsse ausgebrochen. Finanzminister Schäuble will die Steuerzuschüsse für versicherungsfremde Leistungen einstreichen. Teile der FDP wollen auf die Praxisgebühr verzichten, was die Union wiederum ablehnt. Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) strebt eine Lösung des Streits erst zum Ende des Jahres an und will den im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Prüfvertrag erfüllen.

Dabei hatten Union und FDP den Versicherten schon im Bundestagswahlkampf mehr Netto vom Brutto versprochen. Bisher griff Schwarz-Gelb ihnen aber über die Krankenkassen kräftig in die Taschen. Geschenke wurden nur an die Pharmakonzerne und Ärzte verteilt. Für die SPD-Fraktion ist klar: Die Überschüsse bei der GKV gehören den Beitragszahlern. Sie sollten auch davon profitieren. Deshalb sprechen sich die Sozialdemokraten nachdrücklich für die Abschaffung der Praxisgebühr von 10 Euro im Quartal aus. Diese „Seehorfergebühr“ hatte der heutige bayerische Ministerpräsident 2003/2004 ge-



Unnötige Gebühr: Derzeit zahlen Patienten beim ersten Arztbesuch im Quartal 10 Euro.

gen den Willen von Rot-Grün in Verhandlungen über die Gesundheitsreform durchgesetzt. Sonst wäre die Gesundheitsreform gescheitert. Mittlerweile seien CDU, CSU und Teile der FDP die einzigen Parteien in Deutschland, die hartnäckig an der Praxisgebühr festhalten, sagt der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Karl Lauterbach. „Dabei hat die Praxisgebühr keine Steuerungswirkung, sie ist bürokratisch und gleichermaßen unbeliebt bei Patienten wie bei Ärzten.“ Zudem verursache die Praxisgebühr viel Verwaltungsaufwand auf Seiten der Ärzte und bei den Krankenkassen.

Daneben will Lauterbach die Versicherten über die Senkung des Einheitsbeitrages entlasten. Im Jahr 2011 hat die

Regierung den Beitragssatz kasseneinheitlich um 0,6 Prozent auf 15,5 Prozent angehoben, ohne Notwendigkeit. Denn die gute konjunkturelle Entwicklung ließ die Einnahmen der Krankenkassen steigen. Die SPD wolle wieder zur Beitragsautonomie zurückkehren, bei der jede Krankenkasse ihren Beitragssatz bestimme, sagte Lauterbach in einer aktuellen Stunde im Bundestag. Des Weiteren müssten die Zusatzbeiträge abgeschafft werden. Auch die zwei Milliarden Reserve aus Steuermitteln, die für den Pseudosozialausgleich bei den Kassen bereitgestellt wurden, könnten an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden, verlangte Lauterbach. Somit ständen unbürokratisch sofort vier Milliarden zur Verfügung. ■

Editorial



**von Frank-Walter Steinmeier,
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Lage für Angela Merkel wird ungemütlich. Erst geht ihr der Koalitionspartner bei der Auswahl des Bundespräsidenten von der Fahne, dann verfehlt sie die Kanzlermehrheit bei der wichtigen Griechenlandabstimmung und zuletzt provoziert die dahinsiechende FDP Neuwahlen in Nordrhein-Westfalen. Für die SPD ist das gut. Und für unser Land auch. Je schneller es mit Schwarz-Gelb zu Ende geht, desto besser. Wir haben mit Joachim Gauck nun einen Bundespräsidenten, der die Würde des Amtes rasch wieder herstellen wird. Bei den anstehenden Wahlen werden wir in Schleswig-Holstein eine weitere schwarz-gelbe Regierung aus dem Sattel heben und in Nordrhein-Westfalen Hannelore Kraft und Rot-Grün mit deutlicher Mehrheit im Amt bestätigen. Das alles zeigt: Die Menschen setzen wieder auf die SPD. Sie haben zwei Jahre lang gesehen, dass Schwarz-Gelb es nicht kann und erinnern sich an die erfolgreiche Regierungszeit von Rot-Grün. Wir hatten den Mut zu den Reformen, die unser Land heute besser dastehen lassen als unsere europäischen Nachbarn. Frau Merkel ruht sich heute noch auf diesen fremden Lorbeeren aus, aber tut nichts, um unser Land für die Zukunft zu rüsten. Diese Tatenlosigkeit kann gravierende Folgen haben. Eins von vielen Beispielen dafür ist die Tarifeinheit. Der jüngste Streik am Frankfurter Flughafen hat gezeigt welche Folgen die Aufsplitterung der Tarifeinheit für viele Unternehmen hat. Sie verhindert eine Zersplitterung des Tarifvertragssystems und eine Spaltung der Belegschaften. Die Interessen der Gesamtbelegschaften dürfen nicht von Einzelinteressen verdrängt werden. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben Frau Merkel schon vor anderthalb Jahren dazu aufgefordert, endlich tätig zu werden. Wir haben der Regierung dazu mehrfach unsere Unterstützung angeboten. Aber sie tut nichts. Sie lässt die Dinge einfach treiben. So kann man nicht regieren. ■

Beschäftigtendaten endlich effektiv schützen

Nach den großen Datenschutzskandalen bei der Deutschen Bahn, der Telekom oder bei Lidl debattiert die Politik seit Jahren über ein Gesetz, das festlegt, welche Daten ein Arbeitgeber über seine Beschäftigten sammeln darf.

Ein von der Bundesregierung zum Beschäftigtendatenschutz eingebrachter Gesetzentwurf liegt Monate nach der ersten Lesung auf Eis. Auch weil er völlig ungenügend sei, erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Christine Lambrecht. „Statt Arbeitnehmer zu schützen, erlaubt der Entwurf weitreichende Überwachung.“ So würden Arbeitnehmer ihre Privatsphäre künftig am Betriebs-

eingang abgeben müssen. „Sie sollen ununterbrochen per Video überwacht werden können, wenn der Arbeitgeber dies für die Qualitätskontrolle für erforderlich hält. Ihre privaten Telefongespräche und E-Mails sollen nachträglich ausgewertet werden können.“

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kritisiert den Gesetzentwurf scharf. In einer Resolution fordert der DGB-Bundesauschuss den Bundestag auf, den Entwurf zu stoppen. Der Regierungsentwurf des Innenministeriums habe nichts mit dem Schutz der Arbeitnehmer zu tun, heißt es in der Resolution: „Die Interessen des Arbeitgebers an Ausforschung und Überwa-

chung werden vielmehr in den Vordergrund gestellt.“

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert ein eigenständiges Gesetz zum Schutz von Beschäftigtendaten, das diesen Namen auch verdient. Bereits im September vergangenen Jahres hat sie die Bundesregierung in einem Antrag dazu aufgefordert, ein solches Gesetz vorzulegen. „Wir brauchen ein Gesetz, das die Beschäftigten schützt und die Rechte der Betriebs- und Personalvertretungen entsprechend ausbaut“, sagt Christine Lambrecht. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spd-fraktion.de



Caren Marks und Christel Humme sehen beim Thema Gleichstellung von Mann und Frau nach wie vor großen Handlungsbedarf.

»Es gibt immer mehr Unterstützung für die Quote - auch bei Männern«

Caren Marks und Christel Humme betreuen gemeinsam das Zukunftsprojekt Gleichstellung der SPD-Bundestagsfraktion. Im Interview sprechen sie über die aktuellen Herausforderungen in der Gleichstellungspolitik und die Versäumnisse von Schwarz-Gelb.

Im letzten Jahr hat sich der Internationale Frauentag zum 100. Mal gejährt. Wie bewertet Ihr vor dem Hintergrund dieses Jubiläums das Jahr 2011 aus frauenpolitischer Sicht?

Caren Marks: Ohne Frage wurde in den vergangenen 101 Jahren eine Menge von Frauen für die Frauen in Deutschland erreicht. Doch leider müssen wir auch feststellen, dass in vielen Bereichen Frauen noch immer nicht gleichgestellt sind. Dies ist zum großen Teil strukturell bedingt. Nur so ist zu erklären, dass beispielsweise eine sehr gut ausgebildete Frau nach der Familienphase ohne Perspektive in einem Minijob landet oder dauerhaft in der Teilzeitfalle.

Christel Humme: Auch die Sachverständigenkommission zum Ersten Gleichstellungsbericht hat ja Deutschland attestiert, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht angemessen zum Zuge kommen. Und sie hat empfohlen: Reformiert die Minijobs und das Ehegattensplitting! Führt eine Geschlechterquote für Führungspositionen ein! Führt einen gesetzlichen Mindestlohn ein! All das sind wichtige Wegmarken hin zur Gleichstellung von Frauen und Männern.

Im Übrigen haben sie uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in unserem Kurs voll bestätigt. Dass die Bundesregierung diese Reformschritte nicht anpackt, war zu erwarten und zeigt einmal mehr: Schwarz-Gelb ist nicht interessiert daran, dass Frauen

und Männer wirklich gleichgestellt sind.

„Gleichstellungspolitik findet bei dieser Bundesregierung nicht statt“

Caren Marks

Was sind die aktuellen Herausforderungen in der Gleichstellungspolitik?

Christel Humme: Angesichts des hohen Armutsrisikos von Frauen müssen wir das Übel bei den Wurzeln packen und ihnen endlich eine

„Frauen sind heute trotz ihrer hohen Qualifikationen die Verliererinnen auf dem Arbeitsmarkt“

Christel Humme

eigenständige Existenzsicherung ermöglichen. Noch ist die Arbeitswelt von Frauen geprägt von Teilzeitbeschäftigung, Minijobs, ungleicher Bezahlung, schlechten Aufstiegschancen und Niedriglöhnen. Oder um es anders zu sagen: Frauen sind heute trotz ihrer hohen Qualifikationen die Verliererinnen auf dem Arbeitsmarkt. Diese Ungerechtigkeit wollen wir bekämpfen.

Wie beurteilt Ihr die Gleichstellungspolitik von Schwarz-Gelb?

Caren Marks: Welche Gleichstellungspolitik? Nein, ehrlich. Gleichstellungspolitik findet bei dieser Bundesregierung nicht statt. Es reicht eben nicht aus, Zustände zu beklagen, es muss gehandelt werden, wie zum Beispiel beim Thema „Gender Pay Gap“. Anstatt ein Gesetz zur Durchsetzung von gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit oder eine verbindliche Quotenregelung für Frauen in Führungspositionen auf den Weg zu bringen, fällt diese Regierung auch beim Thema Gleichstellung vor allem durch Handlungsunwilligkeit und Streit auf.

Christel Humme: Daran sehen wir auch, dass der Regierung der Kompass fehlt. Da streiten sich die zuständigen Ministerinnen Schröder, von der Leyen und Leutheusser-Schnarrenberger darüber, ob sie jetzt eine Flexiquote, eine verbindliche Quote oder gar keine Quote einführen wollen. Und die Kanzlerin? Sie sagt mal Hü und sagt mal Hott. Und unsere sogenannte Bundesfrauenministerin bleibt stur: Nicht mal aus Brüssel will sie sich etwas sagen lassen. Das ist schon ein starkes Stück.

Caren Marks: Eine andere Baustelle von Schwarz-Gelb ist das unsinnige Betreuungsgeld. Auch hier wird noch immer gestritten. Wir fordern Frau

Schröder auf, das Betreuungsgeld endlich ad acta zu legen. Gleichstellungs- und bildungspolitisch ist und bleibt diese Fernhalteprämie völlig daneben, denn es hält Frauen vom Arbeitsmarkt und Kinder von der frühkindlichen Bildung fern. Auch die Arbeitgeber haben deutlich von der Einführung dieses Betreuungsgeldes abgeraten.

Beim Thema Quote macht mittlerweile auch die EU-Kommission Druck auf die Bundesregierung. Glaubt Ihr, dass vor der Bundestagswahl 2013 nochmal Bewegung in die Sache kommt?

Caren Marks: Die SPD-Bundestagsfraktion hat, wie man bei mir in Norddeutschland sagt, „Butter bei die Fische“ gelegt und am 09. März einen Gesetzesentwurf eingebracht, der eine Geschlechterquote von mindestens 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände von börsennotierten und mit bestimmten Unternehmen vorschreibt. Das parlamentarische Verfahren läuft und wir dürfen alle gespannt sein, wie sich die Regierungskoalition dazu positionieren wird bzw. welche Taten den Worten einiger folgen werden.

Christel Humme: Es zeigt sich, dass es nicht nur unter den Frauen aller Fraktionen, sondern auch bei den Männern

„Wir brauchen dringend gesetzliche Regelungen, sonst ändert sich auch in den nächsten 100 Jahren nichts“

Christel Humme

nern immer mehr Unterstützung für eine gesetzliche Quote gibt. 2013 stehen Aufsichtsratswahlen für die nächsten fünf Jahre an. Der Gesetzgeber muss also jetzt handeln. Sonst bleiben all die fähigen Frauen wieder vor der Tür.

Ihr versprecht bei einer möglichen Regierungsübernahme der SPD, die frauenpolitischen Gesetze schon in der Tasche zu haben. Was genau ist geplant?

Christel Humme: Den Entwurf für ein Quotengesetz haben wir wie gesagt eingebracht. Seit über 100 Jahren gibt

es bereits die Forderung nach gleichem Lohn für Männer und Frauen. Dennoch ist Deutschland mit einer Lohnlücke von 23 Prozent eines der Schlusslichter in Europa. Wir brauchen dringend gesetzliche Regelungen, sonst ändert sich auch in den nächsten 100 Jahren nichts. Deshalb arbeiten wir zur Zeit an einem Entgeltgleichheitsgesetz. Die Eckpunkte für ein solches Gesetz haben wir schon vor einiger Zeit beschlossen. Die werden jetzt in Gesetzesform gegossen.

Doch wir müssen auch an anderen Stellen die Erwerbssituation von Frauen verbessern, vor allem für diejenigen im Niedriglohnsektor. Wir machen uns

„Das Modell von der weiblichen Zuverdienerin und dem männlichen Hauptverdiener hat ausgedient“
Caren Marks

Gedanken über eine Reform der Minijobs. Es ärgert uns, dass die fehlende Stundenbegrenzung zu Dumpinglöhnen führt und Arbeitnehmerrechte wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht eingehalten werden. Damit muss Schluss sein.

Caren Marks: Wir brauchen auch Lösungen für die individuellen Bedürfnisse in bestimmten Lebensphasen, also Teilzeitmodelle, Arbeitszeitkonten, Sabbatical. Auch eine partnerschaftliche Weiterentwicklung des Elterngeldes steht auf der Agenda. Und wir müssen das Ehegattensplitting reformieren, denn das Modell von der weiblichen Zuverdienerin und dem männlichen Hauptverdiener hat schlicht ausgedient.

Im Projekt Zukunft der SPD-Fraktion betreut Ihr die Projektgruppe Gleichstellung. Was ist das konkrete Ziel des Projektes?

Caren Marks: Wir tun genau das, was die Sachverständigenkommission zum Ersten Gleichstellungsbericht empfohlen hat: Wir erarbeiten Lösungen für eine konsistente Gleichstellungspolitik über den gesamten Lebensverlauf. Um zu diesen Lösungen zu kommen, haben wir in den vergangenen Monaten mit vielen Menschen gesprochen: mit gesellschaftlichen Gruppen ebenso wie mit Bürgerinnen und Bürgern. Und wir führen diesen Dialog selbstverständlich fort.



Caren Marks (2. v. l.) und Christel Humme (1. v. r.) mit Dagmar Ziegler, Thomas Oppermann und Inge Wettig-Danielmeier beim Frauenpolitischen Abend der SPD-Fraktion

Was könnt Ihr bisher für eine Bilanz aus den Gesprächen ziehen?

Christel Humme: Die Rückmeldungen zu unsere Arbeit sind bislang durchweg positiv. Im Januar haben wir zum Beispiel einen ganzen Tag lang mit den kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten über ein Entgeltgleichheitsgesetz und über die Reform der Minijobs diskutiert. Das war ein sehr konstruktiver Austausch, aus dem wir eine Menge mitgenommen haben.

Seit Januar beteiligt Ihr Euch mit der Projektgruppe auch am Online-Dialog der SPD-Fraktion. Wie ist dort die Resonanz?

Caren Marks: Wir haben uns ja für das Thema „Zeiten-Wende für Frauen und Männer“ entschieden, weil wir überzeugt sind: Nur wenn sich die Erwerbs- und Familienzeiten von Frauen und Männern angleichen, bekommen wir eine neue und gerechte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern hin. Die NutzerInnen haben zu unseren Fragestellungen sehr gute Vorschläge eingebracht, die auf der Plattform sehr lebhaft und ernsthaft weiter diskutiert werden. Einige der Vorschläge werden wir demnächst auch in der Arbeitsgruppe vorstellen. Das Thema „Zeitpolitik für eine geschlechtergerechte Arbeitsteilung“ interessiert viele Menschen – auch das ist ein Ergebnis nach den ersten Wochen Online-Dialog.

Das Projekt Zukunft läuft noch bis zu diesem Sommer. Was ist bis dahin noch in Eurer Projektgruppe geplant bzw. wie soll der Abschluss des Projekts aussehen?

Christel Humme: Wir planen noch weitere Dialogveranstaltungen: zum Beispiel zum Thema Quote in Führungspositionen, zur Reform des Ehegattensplitting und zur Neugestaltung der Minijobs - den Themen also, die

derzeit auch in der öffentlichen Diskussion eine große Rolle spielen. Besonders freuen wir uns auf das Planspiel Zukunftsdialog 2012 Anfang Mai, bei dem die Jugendlichen uns ihre Sicht auf gleichstellungspolitische Themen schildern werden.

Caren Marks: Außerdem bereiten wir gerade noch eine Konferenz zum

„Nur wenn sich die Erwerbs- und Familienzeiten angleichen, bekommen wir eine gerechte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern hin“

Caren Marks

Thema Zeitpolitik vor, auf der dann unter anderem auch die Diskussion auf der Beteiligungsplattform gespiegelt und fortgesetzt werden soll.

Christel Humme: Zum Abschluss des Projektes wird unter anderem ein „Aktionsplan Gleichstellung“ stehen. Den werden wir nach der gewonnenen Bundestagswahl 2013 umsetzen. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Meldungen

Klage gegen
Gigaliner

Zu Beginn seiner Amtszeit hat Bundesverkehrsminister Ramsauer vollmundig versprochen, allen Zuwachs beim Güterfernverkehr auf die Schiene zu verlagern. Trotzdem hat das Bundesverkehrsministerium jetzt mit einer Ausnahme-Verordnung einen Feldversuch zur Erprobung von überlangen LKW, sogenannten Gigalinern, durchgesetzt. Ramsauer missachtet damit nicht nur das Votum der Mehrheit der Verkehrsminister der Länder, sondern übergeht auch die Ängste der Bevölkerung. 77 Prozent der Deutschen lehnen nach einer Forsa-Umfrage Gigaliner auf deutschen Straßen ab. „Die Verordnung der Bundesregierung über die Zulassung von Gigalinern verstößt gegen das Grundgesetz und ist deshalb nichtig“, sagt Sören Bartol, Sprecher der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der SPD-Fraktion. Der Alleingang der Bundesregierung missachte zudem Bundestag und Bundesrat. Die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen haben deshalb mit einer Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht die Beendigung des Feldversuchs beantragt. ■

Neue Regeln bei
Organspende

Auf Initiative von SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und Volker Kauder (CDU) haben sich alle Fraktionen des Bundestages und die Bundesregierung auf neue Regeln bei der Organspende geeinigt. Die Organspendebereitschaft müsse erhöht werden, sagte Steinmeier. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass Appelle allein nicht ausreichen. Künftig sollen alle Erwachsenen regelmäßig durch die Krankenkassen nach ihrer Haltung zur Organspende befragt werden, erstmalig in diesem Jahr. In einer zweiten Stufe wird die Möglichkeit geschaffen, die Entscheidung auf der neuen elektronischen Gesundheitskarte zu speichern. Der Gruppenantrag, den die Fraktionsvorsitzenden aller Bundestagsfraktionen unterzeichnet haben, ist im Bundestag in erster Lesung beraten worden. ■

Nichts geht mehr: Merkel und Schwarz-Gelb sind am Ende

Wulff-Rücktritt, fehlende Kanzlermehrheit, unberechenbare FDP. Angela Merkel hat die Kontrolle über ihre Regierung verloren.

„Es läuft nicht rund für diese Regierung“, sagt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Es läuft vor allem nicht rund für die Regierungschefin Angela Merkel, könnte man ergänzen. Die Kanzlerin hat in den letzten Wochen mehr und mehr das Heft des Handelns aus der Hand geben müssen. Thema Bundespräsidentenwahl: Zuerst stärkt die Kanzlerin ihrem Präsidenten Christian Wulff viel zu lange den Rücken, und dann lässt sie sich von der FDP den rot-grünen Kandidaten Joachim Gauck diktieren, den sie mit allen Mitteln verhindern wollte. Anschließend verhöhnt Philipp Rösler sie im Fernsehen als einen Frosch, den er langsam weichgekocht habe.

Thema Kanzlermehrheit: Nicht nur die FDP bereitet der Kanzlerin Probleme. Auch in der eigenen Fraktion verweigern ihr die Abgeordneten mittlerweile die Gefolgschaft. Bei der Abstimmung über das zweite Hilfspaket für Griechenland hat Angela Merkel zum ersten Mal keine Kanzlermehrheit erreicht, vor allem aufgrund von Abweichlern aus der CDU/CSU-Fraktion. Mit Innenminister Hans-Peter Friedrich ist ihr kurz vor der Abstimmung sogar ein Kabinettsmitglied in den Rücken gefallen. Frank-Walter Steinmeier bringt es auf den Punkt: „Wer bei der Abstimmung über eine Frage, die die Kanzlerin zur Kernfrage Europas erklärt, keine Kanzlermehrheit zusammen bekommt, dessen Machtbasis bröckelt.“



Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihre Regierung nicht mehr im Griff.

Thema Koalitionsausschuss: Beim Treffen der Koalitionsspitzen zeigte sich, wie belastet das Verhältnis zwischen Angela Merkel und FDP-Chef Rösler mittlerweile ist. So belastet nämlich, dass die einstigen Wunschpartner über strittige Themen gar nicht mehr reden. Debattiert wurde über Themen wie das Wettbewerbsrecht, das Urheberrecht, die längst beschlossene Energiewende, oder über einen Test für Finanzprodukte bei der Stiftung Warentest. Anschließend verkaufte Schwarz-Gelb das Treffen als eine Wohlfühlveranstaltung, bei der sich alle einig gewesen seien. Für Frank-Walter Steinmeier zeigt gerade dieses Treffen, dass die Koalition am Ende ihrer Gemeinsamkeiten ist. Denn alles, was Entscheidungen verlange, sei

vertagt worden. Fest steht: Ob Pflege-rechtsreform, Mindestlohn, ESM oder die Tarifeinheit – bei den wirklich wichtigen Themen ist die Regierung von Angela Merkel handlungsunfähig. „Deutschland hat einen Reformstau. Weder in der Arbeitsmarktpolitik noch der Innenpolitik sind irgendwelche Ergebnisse erkennbar“, beschreibt es der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Thomas Oppermann. Der Beschluss zur Energiewende solle nur verdecken, dass ein Jahr nach Fukushima noch immer nichts geschehen ist. Als Fazit der letzten Wochen gelte, so Oppermann: „Die Koalition hat ihre Gemeinsamkeiten aufgebraucht. Sie rechnet selbst nicht mehr mit einer langen Zusammenarbeit.“ ■

Kooperationsverbot verhindert Chancengleichheit

Das deutsche Bildungssystem ist ungerecht: „Schulsysteme in Deutschland sind nach oben zu wenig durchlässig: Es gibt mehr Abstiege als Aufstiege.“

Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann Stiftung, bei der Gerechtigkeit und Leistung an deutschen Schulen untersucht wurden. Ein Ergebnis, dass die Bildungspolitik in Bund und Ländern aufrütteln müsse, sagt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Ernst Dieter Rossmann. „Die soziale Selektivität ist ungebrochen hoch und Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen eher Wunschdenken. Dabei sei die Frage nach gleichen Bildungschancen die Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhun-

derts. Für Rossmann ist es vor allem das Kooperationsverbot, das eine Chancengleichheit in deutschen Schulen verhindert. Deutschland brauche mehr Lehrer, mehr verlässliche Ganztagsangebote und besser ausgestattete Schulen, sagt er. „Was Deutschland aber bekommt, sind immer mehr Schulformen und mehr Schulbürokratie.“

Klar ist: Eine echte individuelle Förderung braucht zusätzliche Mittel. Aber genau hier sind dem Bund wegen des Kooperationsverbots die Hände gebunden. „Ohne die Überwindung des Kooperationsverbots werden wir keine Fortschritte zu mehr Chancengleichheit erreichen“, sagt Rossmann. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hält jedoch am Kooperationsverbot im

Schulwesen fest. Eine institutionelle Bundesförderung will Schwarz-Gelb nur bei den Hochschulen schaffen, und auch da nur bei denen mit überregionaler Bedeutung. „Die Koalition will nur Eliteunis und keine Schulen fördern“, sagt Rossmann.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Eine Verfassungsreform, die nur deutsche „Harvards“ im Auge hat, wäre ein Schlag ins Gesicht für die Kinder und Jugendlichen und deren Eltern, die sich um bessere Bildungschancen mühen müssen. Die Sozialdemokraten stehen für eine solche Feigenblatt Verfassungsänderung nicht zur Verfügung. Ernst Dieter Rossmann fordert deshalb: „Das Kooperationsverbot muss für alle Bildungsbereiche fallen.“ ■



Joachim Gauck bei seiner ersten Rede als neuer Bundespräsident.

„Was für ein schöner Sonntag!“

Der rot-grüne Kandidat Joachim Gauck ist neuer Bundespräsident.

Die Bundesversammlung hat Joachim Gauck am 18. März mit großer Mehrheit zum 11. Bundespräsidenten gewählt. Dabei war es nicht nur für Joachim Gauck ein schöner Tag. Denn nach den Monaten der Skandale um Christian Wulff ist damit auch im Schloss Bellevue endlich wieder Ruhe eingeekehrt.

Nach seiner Wahl sagte Joachim Gauck: „Was für ein schöner Sonntag!“ Damit meinte er nicht nur den Tag seiner Wahl, sondern erinnerte zugleich an die ersten und einzigen freien Wahlen in der DDR, am 18. März 1990. „Zum ersten Mal in meinem Leben im Alter von 50 Jahren durfte ich in freier Wahl abstimmen“, sagte Gauck. Er habe sich damals gesagt: „Ich werde niemals eine Wahl versäumen.“ Gauck stellte klar: „Ich kann mich nicht denken ohne Freiheit, aber auch nicht ohne die Praxis der Verantwortung“. Es sei beglückend, wieviele Menschen ihn zuvor ermutigt hätten, sich dieser Wahl zu stellen. Er werde nicht alle Erwartungen erfüllen können, sagte Gauck. Er versprach aber: „Ich sage Ja mit dem Herzen und mit allen meinen Kräften zu dieser neuen Verantwortung.“ Der neue Bundespräsident kündigte an, sich nun auf neue Themen und Personen einzulassen. Er wolle eine lebendige Bürgergesellschaft.

Vor der Wahl waren die Wahlfrauen und Wahlmänner der SPD zu einer Fraktionssitzung im Otto-Wels-Saal im Reichstagsgebäude zusammengelassen. Sie nahmen Gauck vor der zuletzt aufgekommenen Kritik in Schutz. „Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass Joachim Gauck seit 2003 Vorsitzender des von mir gegründeten Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie ist“, sagte der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel. Damit sei auch allen Kritikern das Fundament entzogen, die behaupteten, Gauck interessiere sich zu wenig für Themen wie Rechtsextremismus. Der Schauspieler Jan Josef Liefers zeigte sich erleichtert und froh über den Vorschlag, Gauck zum Präsidenten zu wählen. „Ich kann sagen, ein Teil von mir wird mit Joachim Gauck Bundespräsident.“ Die Schauspielerin Senta Berger erklärte, dass sie an Gauck besonders das „Widerborstige“ schätze. „Es ist gut, dass er überparteilich ist“, sagte sie. Mit Blick auf die Vorwürfe, er sei mit seinem Freiheitsbegriff zu einseitig, stellte Berger klar: „Wer sein halbes Leben das Lied singen musste, ‚die Partei, die Partei, die Partei hat immer recht‘, für den ist natürlich der Freiheitsbegriff das Wichtigste.“ Niemand habe Grund, Gauck skeptisch zu beurteilen. ■



Schauspielerin Senta Berger mit dem Philosophen Julian Nida-Rümelin.



Frank-Walter Steinmeier im Gespräch mit Schauspieler Jan-Josef Liefers.



Frank-Walter Steinmeier gratuliert Gauck zu seiner erfolgreichen Wahl.



Hans-Jochen Vogel mit DGB-Chef Michael Sommer.

Gegen Abgeordnetenbestechung

Eigentlich ist es ein Skandal: 150 Staaten haben die UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) schon ratifiziert. Deutschland aber gehört nicht dazu. Dabei gibt es schon seit Jahren völkerrechtliche Übereinkommen über globale Standards bei der Korruptionstrafbarkeit und Abgeordnetenbestechung. Umgesetzt hat Deutschland sie bis heute nicht.

Die SPD-Fraktion hatte schon unter Rot-Grün einen Vorschlag für die Umsetzung vorbereitet, die vorgezogenen Bundestagswahlen verhinderten eine weitere Beratung. In der Großen Koalition verweigerte dann die Union jedwede Gespräche zum Thema.

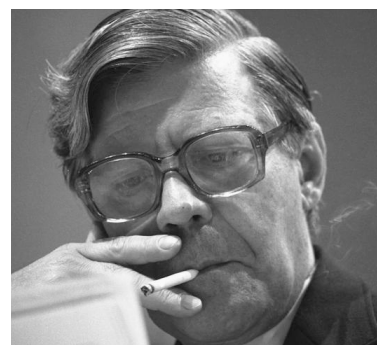
„Die Umsetzung ist notwendig“, betont die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Christine Lambrecht. Denn nach deutschem Recht sei bislang nur der Stimmenkauf bzw. -verkauf bei Wahlen strafbar. Das verstößt nicht

nur gegen internationale Übereinkommen, sondern auch gegen die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Demnach sollen Volksvertreterinnen und Volksvertreter bestraft werden, wenn sie einen Vorteil dafür annehmen, sich bei der Wahrnehmung ihres Mandats in einer bestimmten Weise zu verhalten. Es droht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder eine Geldstrafe. Auch derjenige, der den Vorteil gewährt, soll bestraft werden. Weder eine politische Funktion noch zulässige Parteispenden sind davon betroffen.

„Wir fordern alle Fraktionen auf, jetzt einen neuen Anlauf zu machen“, sagt Christine Lambrecht. Damit könnten die Abgeordneten ein Signal setzen, dass sie es ernst meinen mit dem Kampf gegen Korruption. ■

Historie



Am 14. März 1967 wurde Helmut Schmidt zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt.

Er ist fast ein Jahrhundert alt, aber immer noch einer der wachsten und gefragtesten Köpfe der Republik: Vor 45 Jahren wurde Helmut Schmidt Fraktionschef der Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag. Im Amt als Fraktionsvorsitzender

folgte er auf den 1967 verstorbenen Fritz Erler. Schmidt blieb an der Fraktionsspitze bis er 1969 in der ersten sozial-liberalen Regierung unter Willy Brandt Verteidigungsminister wurde. Nach dem Rücktritt Karl Schillers als Finanzminister wechselte Schmidt in dieses Amt, das er als zweiter Mann der SPD nach Brandt auch nach der Bundestagswahl 1972 behielt. Nach dem Rücktritt Willy Brandts wurde Schmidt 1974 zum Bundeskanzler gewählt. Er blieb dies bis zum Rücktritt der FDP-Minister 1982 und der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler. Schmidt ist der SPD immer verbunden geblieben und genießt bis heute bei den meisten Menschen in Deutschland größte Hochachtung. ■

Vorgestellt



Gernot Erler

Gernot Erler (67) ist als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion zuständig für die Bereiche Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik. Seit 1987 sitzt er im Bundestag und vertritt die SPD-Fraktion derzeit als stellvertretendes Mitglied in vier Bundestagsausschüssen. In der Fraktion ist Gernot Erler zudem Mitglied der Arbeitsgruppe Task Force Afghanistan. Als einen seiner größten politischen Erfolge bezeichnet er, dass er 1998 in seinem Wahlkreis Freiburg für die SPD das Direktmandat geholt hat – zum ersten Mal überhaupt. Seitdem konnte er diesen Erfolg dreimal wiederholen. ■



Silvia Schmidt

Silvia Schmidt (58) ist die Behindertenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion. Sie ist seit 1998 Mitglied des Bundestages. Dort sitzt sie im Ausschuss für Arbeit und Soziales und ist stellvertretendes Mitglied im Gesundheits- und im Petitionsausschuss. 2009 ist sie über die Landesliste Sachsen-Anhalt in den Bundestag eingezogen, zuvor hat sie in ihrem Wahlkreis Eisleben-Sangerhausen-Hettstedt dreimal das Direktmandat gewonnen. Auch ehrenamtlich engagiert sich Silvia Schmidt für die Belange behinderter Menschen. So ist sie Mitbegründerin der Bundesinitiative „Daheim statt Heim“, die sich für behinderte Menschen einsetzt, die nicht im Heim, sondern selbstbestimmt leben wollen. ■

Energiewende: Schwarz-Gelb verpasst den Umstieg

Von der groß angekündigten Energiewende ist nicht viel übrig geblieben.

// Am 11. März jährte sich die Atomkatastrophe von Fukushima zum ersten Mal. Nach der Katastrophe hatte der Bundestag einstimmig den erneuten Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Seitdem ist jedoch nicht viel passiert. //

Die schwarz-gelbe Bundesregierung meint es mit der Energiewende nicht ernst. Dazu passt, dass sich der zuständige Umweltminister Norbert Röttgen gerade in den Landtagswahlkampf nach Nordrhein-Westfalen verabschiedet hat. Zuvor hat er mit Wirtschaftsminister Rösler noch ein Gesetz zur Kürzung der Solarförderung ausgehandelt. Dabei besteht in Sachen Energiewende nach wie vor dringender Handlungsbedarf. Klar ist: Unsichere Investitionsbedingungen, mangelnder Netzausbau, hü und hott bei den Förderprogrammen und die Kreuzzüge gegen die Solarenergie verhindern, dass die Energiewende in Gang kommt. „Wer soll in diesem Chaos von Schwarz-Gelb noch investieren?“ fragte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Ulrich Kelber bei der Debatte über die Solarförderung im Bundestag. Zudem entsteht der Eindruck, dass die Koalition nicht hinter dem Atomausstieg steht und ihn nur aus rein taktischen Gründen beschlossen hat. In seiner Rede im Bundestag zum Jahrestag der Fukushima-Katastrophe sprach der Unionsabgeordnete Michael Paul über Baumängel und unglückliche Umstände in Fukushima. Sein Fraktionskollege Michael Fuchs sagte im Deutschlandfunk, dass er den Atomausstieg „technisch nicht richtig verstanden habe“. Er glaube daran, dass ein solches Unglück in Deutschland nicht passieren könne. Aussagen, die klingen, als ob es die Katastrophe von Fukushima nie gegeben hätte. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Matthias Miersch warf den Unionsabgeordneten vor, das Schicksal der Menschen in Fukushima zu verharmlosen. Es zeige sich, dass die Koalition noch lange nicht beim neuen Denken angekommen sei. „Sie sind noch im alten Denken verhaftet“, sagte Miersch. Auch die Gewerkschaften schlagen Alarm: Die Energiepolitik als einer der



Mit den Solarkürzungen gefährdet Schwarz-Gelb den Energieumstieg.

wichtigsten Bestandteile der Industriepolitik gerade ins Rutschen, sagt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. In einem Jahr nach Fukushima sei aber viel zu wenig geschehen. „Durch die Kürzungen in der Solarbranche droht Deutschland die Technologieführerschaft zu verlieren“, warnt Hexel. Die Bundesregierung fordert er auf, eine vernünftige Industriepolitik zu machen und entsprechende Förderungen zur Verfügung zu stellen. „Ohne eine stabile Energiepolitik können wir keine Industriepolitik betreiben.“ Darunter hätten letztlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu leiden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat schon im Frühjahr 2011 ihr Energiekonzept mit konkreten Maßnahmen für die Umsetzung der Energiewende beschlossen. Dazu gehört der consequente Ausbau der Erneuerbaren Energien. „Die Erneuerbaren Energien in Deutschland sind eine einzigartige Erfolgsgeschichte“, sagt Ulrich Kelber. Seit der Jahrtausendwende seien 380 000 neue Jobs geschaffen worden, die Emission von Treibhausgasen sei um 150 Millionen Tonnen jährlich gesunken. Die SPD werde das „Anti-Erneuerbare-

Energien-Gesetz“ der Bundesregierung in den Ausschüssen und in der Anhörung zerpfücken, kündigte Ulrich Kelber an. Für die 2. und 3. Lesung werde die SPD-Fraktion eine namentliche Abstimmung beantragen. So würden alle Bürgerinnen und Bürger in den Wahlkreisen erfahren, wo ihre Abgeordneten in dieser wichtigen Frage stehen. ■

Broschüre

Sozialdemokratische Industriepolitik

Impulse für Deutschland 2020 //



Die Broschüre gibt es zum Download unter spdfraktion.de/industriepolitik

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 16. März 2012

Herstellung: NetworkMedia GmbH

Redaktion: Ralf Bergmann, Stefan Hintermeier, Dr. Alexander Linden, Anja Linnekugel, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800